



Brisante Botschaft zum Bildungsgipfel

Gebühren schrecken junge Leute vom Studium ab

BERLIN (dpa) Die Gegner von Studiengebühren haben es schon immer gewusst, die Befürworter sind jetzt zumindest irritiert: Die in sechs unionsgeführten Bundesländern erhobenen Studiengebühren schrecken laut einer aktuellen Studie weitaus mehr junge Menschen vom Studium ab, als bisher angenommen – bis zu 18000 allein aus dem Abiturientenjahrgang 2006.

Und selbst in Bundesländern ohne Gebühren habe das neue Eintrittsgeld für „erhebliche Verunsicherung“ unter den Abiturienten geführt. Die brisante Botschaft, zusammengefasst auf knapp 100 Seiten in einem „Projektbericht“ des Hochschul-Information-Systems (HIS), erreichte das Bundesbildungsministerium bereits Anfang August.

Doch eine solche Nachricht – ausgerechnet vor dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern, bei dem es um den immer größer werdenden Mangel von akademischen Fachkräften, um die bessere Nutzung von „Begabungsreserven“ aus bildungsfernen Schichten – also auch mehr Abiturienten und Studenten gehen soll? Zu heiß vor dem Gipfel – befand das Ministerium. Abgeordnete, die nach der Studie fragten, wurden verträglich. Erst in vier Wochen soll nun die Abiturientenbefragung des Jahrganges 2006 zusammen mit einer weiteren Befragung der Studienanfänger 2007 veröffentlicht werden – also derjenigen, die bereits in den Hochschulen sind. Und das alles zusammen interpretiert – ergebe schließlich ein ganz anderes Bild, glaubt man im Ministerium. „Wir Parlamentarier sind selbst in der Lage, Daten zu interpretieren“; empört sich die Vorsit-

zende des Bundestagsbildungsausschusses, Ulla Burchardt (SPD). Seit 2004 sinkt die Studienneigung unter den Abiturienten kontinuierlich – nicht allein wegen der seit diesem Jahr in der Öffentlichkeit heftig geführten Studiengebührendebatte. Mehr Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) an den Hochschulen, der mit dem neuen Studenten-Auswahlrecht der Universitäten aufgelöste Wirrwarr bei der Einschreibung und die für viele oft unklare Finanzierung des Lebensunterhalts gelten als weitere Gründe für den wachsenden Studienverzicht.

Folgt man der Prognose der Kultusministerkonferenz, dann haben in den vergangenen drei Jahren bis zu 180000 Studienberechtigte zusätzlich auf eine akademische Ausbildung verzichtet – junge Menschen, mit denen man an den Hochschulen und später auf dem Arbeitsmarkt gerechnet hätte. Gleichwohl will Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) wie die meisten Unions-Kul-

tusminister von einem Abschreckungseffekt durch Studiengebühren nichts wissen. Vielfach wird argumentiert, dass bundesweit nach drei Jahren Rückgang die Anfängerzahl 2007 erstmals wieder gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist, und das nicht nur bundesweit sondern zum Teil auch in Ländern, die Gebühren verlangen. Bei dieser Argumentation fehlt jedoch der Hinweis, dass derzeit die geburtenstärksten Abiturientenjahrgänge in der Geschichte der Bundesrepublik die Schulen verlassen.

An der Uni Hohenheim haben Forscher einen „Gebührenkompass“ eingerichtet. Dabei wird untersucht, wie 54 Universitäten im gesamten Bundesgebiet die neuen Beiträge verwenden und ob sich tatsächlich die Studienbedingungen dadurch verbessern. Das Urteil der Zahler zumindest fiel vernichtend aus: 70 Prozent sind für die sofortige Abschaffung der Gebühren nach dem Vorbild Hessens, meldete „Die Zeit“ unlängst unter Berufung auf die Studie.

